

Region

Der Verkehr bleibt eine Knacknuss

Biel Der Stadtrat hat den 420 000-Franken-Kredit für die Organisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» genehmigt. Wie Biels Zukunft ohne Westast aussehen soll, sorgt aber weiter für viele Fragen.

Carmen Stalder

Am Ende siegte der Drang nach einem raschen Vorwärtsschritt gegenüber der Skepsis und den vielen offenen Fragen: So lässt sich die gestrige Diskussion des Stadtrats über die Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» zusammenfassen. Das Bieler Parlament hatte über einen Kredit von 420 000 Franken für die Vorbereitungsarbeiten von kurz- und mittelfristigen Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz in der Stadt und der Agglomeration zu entscheiden. Schliesslich sollen die unbestritten vorhandenen Verkehrsprobleme auch ohne Westast gelöst werden. In diesem Punkt waren sich wohl alle Stadträtinnen und -räte einig. Doch ob die neue Organisation tatsächlich die richtige ist, ob die anfallenden Kosten nicht zu hoch sind und ob der Mitsprache genügend Raum gelassen wird – darin unterschieden sich dann die Meinungen.

Die GLP versuchte es zum Einstieg mit einem Rückweisungsantrag: Erstens sei der Partizipation der Zivilgesellschaft ein höherer Stellenwert einzuräumen. Und zweitens sei der Fokus zu Beginn des Prozesses auf die Interessen der Stadt zu legen, insbesondere auf den öffentlichen und den Langsamverkehr. Gerade mit dem ersten Anliegen stiessen die Grünliberalen durchaus auf Zustimmung. So sagte

etwa Alfred Steinmann für die SP/Juso-Fraktion, dass man ein klares Bekenntnis zu einer umfassenden Mitwirkung fordere: «Sonst könnte schnell wieder eine grosse Opposition entstehen.» Da jedoch die Leitung der Behördendelegation letzte Woche an einem Treffen mit Vertreterinnen, die am Dialogprozess zum Westast beteiligt gewesen waren, deutliche Signale für eine echte Mitwirkung gesendet habe, wollten die Sozialdemokraten den Antrag nicht unterstützen.

Gegen den Alleingang

Die anderen Parteien konnten der Idee, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen, ebenfalls nicht viel abzugewinnen. «Die Angst vor einer zweiten Stöckli-Gruppe ist fehl am Platz», meinte Peter Bohnenblust als Sprecher der FDP-Fraktion. Und Marisa Halter (PdA) tat ihre Überzeugung kund, dass die nötigen Verkehrsmassnahmen nicht nur auf kommunaler Ebene angeschaut werden könnten, so wie dies der Antrag forderte. Damit sprach sie Stadtpräsident Erich Fehr (SP) aus der Seele. «Biel first funktioniert hier nicht», sagte er. Die Stadt könne die Massnahmen nicht alleine umsetzen, schon nur, weil sie dann nicht von den finanziellen Mitteln aus dem Aggloprogramm profitieren würde.

Am Ende wurde der Rückweisungsantrag von einer klaren Mehrheit abgelehnt. Mit der Ei-

«Die Angst vor einer zweiten Stöckli-Gruppe ist fehl am Platz.»

Peter Bohnenblust
Bieler Stadtrat (FDP)

nigkeit war es damit aber auch schon vorbei. Während die Fraktion Einfach libres befürchtete, dass die Bevölkerung, die betroffenen Gemeinden und die involvierten Organisationen zu wenig mitreden können, prophezeite die FDP eine ausufernde Partizipation oder eine Verhinderungskultur. Während die SVP einen Fokus auf die Schliessung der Lücke im Nationalstrassennetz und damit einen möglichst raschen Autobahnbau verlangte, sprach sich die SP/Juso für den Veloverkehr aus.

Graben ist noch immer da

Die Fronten scheinen also ähnlich verhärtet wie zu Zeiten, als noch über den Westast diskutiert wurde. Die an der vorgängig erwähnten Sitzung mit Interessengruppen und Fachverbänden geäußerte Aussage von Gilbert Hürsch (Wirtschaftskammer Biel-Seeland) – der Zeitpunkt sei gekommen, um damit aufzuhören, von Befürwortern und Geg-

nern zu sprechen – schien noch nicht so ganz im Bieler Kongresshaus angekommen zu sein.

Dass der Kredit schliesslich doch von einer Mehrheit genehmigt wurde (bei 38 Ja-, 14 Neinstimmen und 2 Enthaltungen) mag wohl auch am eindringlichen Votum von Fehr gelegen haben. Die Folgen einer Ablehnung des Geschäfts bezeichnete er als Desaster, als «Schuss in den eigenen Fuss». Durch die daraus folgende Blockierung der anstehenden Arbeiten würde man ein halbes bis ein ganzes Jahr verlieren, so Fehr weiter. Zynisch könnte man jetzt argumentieren, dass es bei den Jahrzehnten, in denen schon an einer Verkehrslösung getüftelt wird, auf die paar Monate auch nicht mehr ankommen würde. So weit wollte es das Parlament dann aber doch nicht kommen lassen. Es soll nun also endlich vorwärtsgehen. Wie genau, das wird aber wohl weiterhin für hitzige Diskussionen sorgen.

Gesundes Kita-Essen auf gutem Weg

Der Bieler Stadtrat hat gestern Abend ausserdem der Umsetzung des Reglements über gesunde Ernährung in städtischen Kitas zugestimmt und dafür einen Verpflichtungskredit von 8,15 Millionen Franken bewilligt. Mit 48 Ja-, bei 5 Neinstimmen und 2 Enthaltungen, stiess das Vorhaben auf eine klare Zustim-

mung. Die Versorgung der Kinder mit biologischem Essen aus der Region wurde mehrfach als schweizweites Vorzeigeprojekt gelobt. Genehmigt im September auch die Stimmbewölkerung das Vorhaben, werden ab 2023 alle städtischen Kitas mit Essen aus einer neuen Küche im Altersheim Redern versorgt. *csf*

RHABILLAGES

Die Bilder einer Stadt

In den goldenen 60ern besass Grenchen drei weit herum bekannte Höhepunkte: die Grafik-Triennale, die Uhrenindustrie und den FCG. Nach der Gründung einer Kulturkommission sollten weitere Höhepunkte möglich werden.

Bald schon wurde die Frage laut, welche Bilder die Stadt eigentlich besitzt? Es folgte eine intensive Suchaktion in den Amtszimmern, Schulhäusern und weiteren einschlägi-

gen Unternehmungen der Stadtverwaltung, um die Frage beantworten zu können. Als Leiter dieser mehrtägigen Aktion amtierte Toni Brechbühl. Dank seines Spürsinn entdeckte man bisher Unbekanntes in den verschiedenen Räumen, an den Wänden, aber auch in Kästen und hinter diesen. Am Ende der Aktion stellte man fest, dass mehr als 400 Kunstwerke im Besitze der Stadt existierten. Alle Bilder wurden vermessen und inventarisiert. Die Kulturkommission beschloss eine Ausstellung mit den besten, schönsten und ansprechendsten Bildern durchzuführen. Als Ort des geplanten Ereignisses wurde die Aula des Schulhauses 4 ausgewählt. Es verlief alles wie geplant: die Vernissage sollte am 29. August stattfinden und die

Ausstellung bis 25. September dauern. Die Vorbereitungsarbeiten für dieses besondere Ereignis wurde vor allem durch die Mitglieder der Kulturkommission geleistet. Das war deshalb möglich, weil sie nicht wie üblich nach dem momentanen Parteiproporz ausgewählt wurden.

Unter den Ausstellungsstücken befand sich auch das grösste Bild der Sammlung, «Les Partisans» von Ivan Tchachnikow. Dieses Gemälde war damals schon und heute noch sechs Quadratmeter gross. Bis es auf seinen ursprünglichen Rahmen aufgezogen werden konnte, dauerte es bis Mitternacht. Das Bild hat eine wunderbare Geschichte: Zwei Freunde, beide wohnten in Grenchen, besuchten Venedig und fanden in einer Galerie das

oben erwähnte Bild. Sie kauften es und erst dann entdeckten sie, dass auf dem Rahmen eine kleine Herkunftsbezeichnung vorhanden war. Nach dieser stammte das Bild aus dem Museum der Roten Armee in Moskau. Wie es von dort nach Venedig gelangte, ist nicht bekannt. Die beiden vereinbarten, dass sie das Bild eines Tages der Stadt Grenchen schenken werden. Schon bald war einer der beiden irgendwo in Asien verschollen. Als die zuständigen Stellen ihn offiziell als verschollen erklärten, schenkte sein Freund das Bild der Stadt.

An der Ausstellung wurde das Riesenschild an der Wand der Aula aufgemacht und als die Ausstellung fertig war, blieb das Bild dort hängen, und das während mehrerer Jahre. Eines Tages erschien in einer Zürcher

Zeitung ein Artikel zu diesem Bild, garniert mit der Behauptung, die Grenchner würden ihre Schüler kommunistisch schulen. Darauf verschwanden die Partisanen, und es dauerte mehrere Jahre, bis man das Kunstwerk im aufgelassenen Kohlenkeller des Schulhauses fand. Heute dürfte es wieder in der Sammlung zu finden sein.

Die Ausstellung verlief sehr gut. Die Grenchner freuten sich über ihre Bilder und einer Weiterführung der Kunstsammlung stand nichts mehr im Wege. Die Kulturkommission erhielt allerdings einen leichten Rüffel aus dem Solothurner Rathaus, weil sie an einem Sonntag ohne Bewilligung aus Solothurn Bielerseewein ausgeben hatte. Auf eine Busse wurde allerdings grosszügig verzichtet. *Rhabilleur*

Nachrichten

LENGNAU

Zeugenaufruf: Zwei Fussgänger verletzt

An der Solothurnstrasse in Lengnau sind gestern kurz vor Mittag zwei Fussgänger bei einem Unfall verletzt worden. Wie die Kantonspolizei Bern in einer Mitteilung schreibt, wollten die beiden einen Zebrastreifen in der Nähe der Bushaltestelle Grienberg überqueren, als sie von einem in Richtung Grenchen fahrenden Auto erfasst wurden. Beide Fussgänger wurden verletzt. Einer musste ins Spital gebracht werden. Die Kapo sucht Zeugen, da der Unfallhergang nicht vollständig geklärt ist. Wer etwas gesehen hat, wird gebeten, sich unter 032 324 85 31 zu melden. *pkb*

BIELERSEE

Beitrag an BSG für MS Berna

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat einen Beitrag von 718 000 Franken an die Bielersee-Schiffahrts-Gesellschaft AG bewilligt. Infolge der Covid-Pandemie ist die Eigenfinanzierung von anstehenden Investitionen nicht möglich. Mit dem Beitrag wird die Neumotorisierung der MS Berna unterstützt, deren Motoren durch ein modernes Hybridsystem ersetzt werden. Damit werden sich die Instandhaltungskosten und der Dieserverbrauch stark verringern. *mt*

BELLMUND

Test: Tagesschule weitet Angebot aus

Der Gemeinderat hat beschlossen, das Tagesschulangebot während einer Testphase vom 1. August 2021 bis am 31. Juli 2022 zu erweitern. Eltern können ihre Kinder an schulfreien Halbtagen in der Tagesschule betreuen zu lassen. Das Angebot steht auch Schulkindern zur Verfügung, welche die Tagesschule sonst nicht besuchen, teilt die Gemeinde mit. Weitere Informationen werden auf den Websites der Gemeinde und der Schule aufgeschaltet. *mt*

BELLMUND

Alte Schiessanlage wird untersucht

Das kantonale Amt für Wasser und Abfall hat die Gemeinde Bellmund aufgefordert, die alte Schiessanlage Hubelzelg zur Altlasten-Sanierung durch ein Umwelt- oder Geologiebüro untersuchen zu lassen. Der Gemeinderat hat dafür einen Nachkredit von 10 000 Franken genehmigt. Die Anlage wurde von 1925 bis 1970 genutzt. *mt*

Reklame



Prisca Birrer-Heimo
Präsidentin
Konsumentenschutz
Nationalrätin SP, LU



Balthasar Glättli
Präsident Mieterinnen- und Mieterverband
Deutschschweiz
Nationalrat GRÜNE, ZH



Valérie Piller
Präsidentin
Pro Familia Schweiz
Nationalrätin SP, FR



Vania Alleva
Präsidentin Unia
Vizepräsidentin
Schweiz. Gewerkschaftsbund



Adrian Wüthrich
Präsident
Travail.Suisse
alt Nationalrat, BE



Paul Rechsteiner
ehem. Präsident
Gewerkschaftsbund SGB
Ständerat SP SG

Vernünftig, fair und sozial

- Für die Mehrheit der Bevölkerung entstehen unter dem Strich kaum Mehrkosten. Dank der Rückvergütung können Geringverdienende und Familien sogar profitieren.

- Das CO₂-Gesetz hat keinen spürbaren Einfluss auf die Mietzinsen. Für Isolation und Heizungserneuerung gibt es Fördergelder. Das kommt auch den MieterInnen zugute.

- Weniger Erdöl importieren und unser Geld in Innovation und erneuerbare Energie investieren bringt Arbeitsplätze in der Schweiz.

Klimaschutz

CO₂-Gesetz

13. Juni 2021

JA sagen Bundesrat, National- und Ständerat. Parteien: FDP, Die Mitte, glp, EVP, GRÜNE, SP, Städte- und Gemeindeverband, Kantone, Wirtschaft economiesuisse, Gewerkschaftsbund SGB, Umweltorganisationen, Stiftung für Konsumentenschutz, Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete.

JA

klimaschutz-ja.ch

Komitee CO₂-Gesetz JA, Kornplatz, 7001 Chur